



Die US-amerikanische Weltherrschaft zur See wird durch China in Frage gestellt. Washington will seinen Status als geopolitische Ordnungsmacht im Pazifik aber um jeden Preis aufrechterhalten (Übungen auf dem Flugzeugträger USS Carl Vinson am 8. April 2017 im Südchinesischen Meer)

U.S. NAVY PHOTO BY MASS COMMUNICATION SPECIALIST 3RD CLASS MATT BROWN/HANDOUT VIA REUTERS

# Feind in Fernost

Auch unter dem neuen Präsidenten haben die USA besonders einen Konkurrenten im Visier: China. Über die durch und durch kapitalfreundliche Politik Donald Trumps (Teil II und Schluss). **Von Ingar Solty**

Die Entscheidungen der Regierung von Donald Trump sprechen eine eindeutige Sprache. Nach innen radikalisiert sie die neoliberale Politik. Von den im Wahlkampf noch großspurig angekündigten öffentlichen Infrastrukturinvestitionen, die auch in seinem partikularen Kapitalinteresse als Bauunternehmer waren, ist längst nicht mehr die Rede. Damit aber verschärft die neue US-Administration zugleich die soziale Krise, die für die Antiestablishment-Stimmung im Land wesentlich verantwortlich ist und die Trump erst ins Weiße Haus gespült hat. Er hatte kaum sein Amt angetreten, als er schon damit begann, die Grundlagen seiner Unterstützung zu beseitigen.

Diese Tatsache kann wiederum auch außenpolitische Konsequenzen haben: Denn nach außen setzt die Regierung auf eine Politik der Stärke, der Eskalation, der Aufrüstung und der simplen Freund-Feind-Unterscheidung. Für Regierungen mit geringer Legitimation im Innern ist eine solche Politik immer auch ein Mittel, sich im eigenen Land Unterstützung zu verschaffen. Dabei gehört zur außenpolitischen Aggression auch die Drohung, Atomwaffen einzusetzen – etwa gegen Nordkorea, nachdem Trump im Wahlkampf noch betont hatte, er wolle sich als Präsident niemals in einen Konflikt auf der koreanischen Halbinsel hineinziehen lassen.

Handelspolitisch hat Trump jenseits aller Rhetorik tatsächlich so gut wie keine realen protektionistischen Ambitionen erkennen lassen, nachdem er im Wahlkampf noch gedroht hatte, auf chinesische Waren einen durchschnittlichen Zoll in Höhe von 45 Prozent zu verhängen, das Nord-amerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA)

neu zu verhandeln oder gar ganz auszusetzen und Mexiko Importzölle zwischen 15 und 35 Prozent abzuverlangen.

Die politischen Entscheidungen lassen daher deutlich erkennen, dass der Präsident schrittweise vom transnational-imperialen Teil seiner Regierung eingenordet worden ist, was umgekehrt bedeutet, dass die protektionistischen und national-sozialen Kräfte eine Niederlage erlitten haben. Tatsächlich war der auf Freihandel und Interventionismus geeichte Flügel von Anfang an dominant. Gleichwohl ließ sich seit dem Frühling erkennen, dass Trump personell hier leicht gegensteuerte. Anzeichen hierfür war die Ernennung des relativ freihandelskritischen Robert Lightizer zum Handelsbeauftragten der USA. Der bildete damit eine Art kleines Korrektiv zum globalkapitalistisch orientierten Handelsminister und Wall-Street-Investmentbanker Wilbur Ross. Eine weitere Maßnahme in dieser Richtung war die Schaffung des »Nationalen Handelsrats« am 29. April, der vom protektionistischen Maßnahmen aufgeschlossenen Ökonom Peter Navarro geleitet wird und vor allem der Förderung der US-Rüstungsindustrie dienen soll.

Das Personal insgesamt und die bisherigen Handlungen der Regierung lassen jedoch kaum einen Kurswechsel in Richtung Protektionismus erkennen. Anschuldigungen gegenüber China und Deutschland, sie handelten unfair, weil sie entweder die Währung manipulierten oder aber staatliche Investitionen im jeweils eigenen Land zugunsten einer reinen Exportorientierung unterließen, waren auch schon von der Obama-Administration zu hören, nachdem diese 2010 auf ihren austeritätspolitischen Kurs mit den Zielen Exportorientierung und Reindustrialisierung um-

geschwenkt war. Auch Strafzölle, etwa gegen chinesisches Stahl, gab es bereits unter Obama und wurden unter Trump bisher kaum ausgeweitet. Die Personalien Lightizer und Navarro dürften auf das Wirken von Stephen Bannon zurückzuführen gewesen sein. Prompt wurde ihm vom Wall-Street-Flügel vorgeworfen, er habe sich eine Schattenkamarilla, also eine Regierung in der Regierung aufgebaut.

Mit Bannons sukzessiver Entmachtung, angefangen mit seinem Ausschluss aus dem Nationalen Sicherheitsrat bis zu seiner schlussendlichen Entlassung durch Donald Trump Ende August 2017, scheint Klarheit zu bestehen. Der dominante Wall-Street-Flügel hat mit Hilfe der Medien offenkundig den rechtsextremen Terroranschlag von Charlottesville, Trumps relativierende Reaktion sowie die öffentliche Wut hierüber genutzt, um Bannon loszuwerden. Weil dieser für die engen Kontakte zum rechtsradikalen Spektrum steht, konnte Trumps Verhalten auf ihn zurückgeführt werden, während die Entlassung auch für den Präsidenten wichtig war, allein um aus der Schusslinie zu kommen und nicht als Vertreter des weißen rassistischen Spektrums zu erscheinen. Schon zuvor war Trump immer wieder auf Distanz zu Bannon gegangen, etwa mit seiner Entscheidung zur Bombardierung eines syrischen Flughafens unter der Kontrolle der Assad-Regierung im April 2017 und mit seinem Konfrontationskurs gegen Nordkorea.

## Politik der Stärke

Nach außen setzt der Präsident auf eine Politik der Stärke. Ob Trump sich auch in der Außenpolitik hat einnorden lassen, ist am besten anhand

der Frage Bruch oder Kontinuität im Vergleich zu den Vorgängerregierungen zu beantworten. Von Rhetorik und hitzigen Auseinandersetzungen in der öffentlichen Debatte sollte man sich dabei nicht leiten lassen. Entscheidend sind die realen politischen Entscheidungen.

Kurswechsel unter Trump sind zweifellos mit Blick auf Kuba und Iran zu beobachten. In beiden Fällen hat die neue Regierung die relative Annäherungspolitik Obamas in Frage gestellt. Ansonsten sind die Weichen jedoch – unbesehen der Unterschiede zwischen Obamas Soft-Power-Diskurs und Trumps »Hard Power«-Rhetorik – durchaus auf Kontinuität gestellt: Der amtierende Präsident hat mittlerweile seine Kritik am »Krieg gegen den Terror« zurückgenommen und spricht in Betreff des Krieges in Afghanistan mittlerweile nicht mehr von einem »furchtbaren Fehler«, sondern von einer Notwendigkeit. Von einem Truppenabzug ist längst schon nicht mehr die Rede. Vielmehr verkündete Trump Mitte August, dass er den Krieg am Hindukusch noch intensivieren werde.

Syrien betreffend ist es wiederum sehr wahrscheinlich, dass die Bombardierung eines Flughafens unter Kontrolle der Assad-Regierung eher symbolischer Natur war. Die mit Damaskus verbündete russische Regierung wurde vorgewarnt, und bereits nach kürzester Zeit war der Flughafen wieder in Betrieb. Das Bombardement mit »Tomahawk«-Raketen diente womöglich schlicht dem Zweck, innenpolitisch die Wogen zu glätten, nachdem gerade die Demokraten nicht die eigene neoliberale Politik, sondern russische Hacker für die Wahlniederlage von Hillary Clinton hatten verantwortlich machen wollen.

Allmählich zeichnet sich ab, dass die Trump-Regierung offenbar vor dem Hintergrund

schwindender Machtressourcen alle Kraft auf den Hauptgegner konzentrieren will: Und der heißt China. Dies könnte erreicht werden, indem die USA stärker auf eine kriegspolitische Arbeitsteilung mit den anderen NATO-Staaten setzen. Die Drohung, dass gegebenenfalls der Artikel 5 des NATO-Vertrags (Bündnisfall) nur Gültigkeit besitze, wenn die Bündnispartner auch angemessen aufrüsten (zwei Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts), kann als Machthebel angesehen werden. Insbesondere hätte die von Berlin dominierte EU sich stärker als ohnehin schon jenseits ihrer Außengrenzen militärisch zu engagieren, damit die USA sich auf ihre geopolitische Rolle im pazifischen Raum konzentrieren können. Dies käme mehrfach artikulierten Bestrebungen der BRD (wie etwa bei Merkels Bierzeltrede Ende Mai) »mehr Verantwortung«, zu übernehmen, d. h. mehr Krieg zu führen, sehr entgegen.

### Beijing ist der Gegner

Die Außenpolitik der neuen Regierung ist mithin alles andere als neu, sondern steht in Kontinuität zu jener ihrer Vorgänger. Das gilt auch und erst recht für die China-Politik der USA. Zweifellos waren Trumps protaiwanesischen Signale – wie etwa die Annahme des Gratulationsanrufes aus Taipeh kurz nach seinem Wahlsieg – in ihrer diplomatischen Unbedarftheit neu. Die USA haben aber bereits unter der Obama-Regierung im Grunde zeitgleich zur globalen austeritätspolitischen Wende vom Frühjahr/Sommer 2010 (rund um den G-20-Gipfel in Toronto) ihren »Schwenk nach Asien« verkündet. Damit verbunden ist die erklärte Absicht, das 21. Jahrhundert zu »Amerikas pazifischem Jahrhundert« zu machen, wie es die damalige US-Außenministerin Hillary Clinton in einem vielbeachteten Aufsatz in der Novemberausgabe 2011 von *Foreign Affairs*, der wichtigsten offiziellen Zeitschrift für US-Außenpolitik, genannt hat. Seither haben die USA ihre Bemühungen verstärkt, bilaterale Militärabkommen mit den in Konkurrenz zu Beijing stehenden Anrainerstaaten Chinas auszuhandeln und sich – mit einem Ausbau ihrer Militärstützpunkte von Darwin in Australien bis zur US-Basis auf Okinawa in Japan sowie mit regelmäßiger Schlachtschiffpräsenz – als geopolitische Ordnungsmacht im Südchinesischen Meer zu etablieren.

Für die USA als Hegemonialmacht ist China die zentrale Herausforderung. Dies gilt insbesondere, weil sie historisch ohne Parallele ist. Die USA haben nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs aus Sorge vor einem Rückfall in die »Great Depression« im Zuge der Weltwirtschaftskrise von 1929 das Projekt eines globalen Kapitalismus entwickelt und zunächst im Großraum des »Westens« geschaffen. Die Robustheit dieses Projekts im Interesse der dominanten, nationalen Grenzen überschreitenden Kapitalfraktionen zeigte sich in der Krise der 1970er Jahre, als es mit Hilfe der von den USA geschaffenen internationalen Institutionen GATT, IWF, Weltbank, BIZ und Trilateraler Kommission etc. gelang, einen Rückfall in den Protektionismus nach dem Muster der Krisen von 1873–1896 und 1929–1939 zu verhindern.

Die USA befanden sich 1945 auf dem Höhepunkt ihrer ökonomischen und politischen Macht. Sie vereinigten fast die Hälfte der globalen Wirtschaftsleistung auf sich, waren Gläubiger der »Siegernächte« Großbritannien und Frankreich und militärische Besatzungsmacht in Deutschland, Japan und dann auch in (Süd-)Korea. Die Integration gerade der letzten drei, geopolitisch hoch bedeutsamen Länder in die US-dominierte kapitalistische Weltordnung – mittels Wirtschaftshilfen wie dem Marshallplan, einseitig vorteilhaften Handelsbeziehungen etc. – war vor diesem Hintergrund leicht möglich.

Die Situation ist heute allerdings eine gänzlich andere. Erstens sind Deutschland, Japan und (Süd-)Korea verglichen mit den USA eher kleine Länder. China dagegen zählt etwa viermal so viele Menschen wie die USA und ist dank seiner Kommunistischen Partei aus einem mehrere Jahrhunderte währenden Schlaf erwacht. Zweitens ist China heute im Gegensatz zur BRD, zu Japan oder Südkorea nach dem Zweiten Weltkrieg nicht militärisch besetzt, sondern anders als die drei genannten zur damaligen Zeit ein souveräner Staat, der zudem einen Großteil der US-Staatsanleihen im Ausland hält. Und drittens



Chinas Exportorientierung ist abhängig von unbehinderten Transportwegen zur See, die im Zweifel auch militärisch gesichert werden müssen (Besucher auf Chinas erstem Flugzeugträger am 9. Juli 2017 in Hongkong)

gelang den USA die Integration jener Staaten zu einer Zeit, als ihre ökonomische, politische und militärische Macht unangefochten war, während sich das heute nur noch im militärischen Bereich behaupten lässt und der US-Anteil am Weltsozialprodukt schon seit den 1970er Jahren auf unter ein Viertel zurückgegangen ist.

### Drohpotential

Die Vereinigten Staaten werden daher zu verhindern suchen, dass der wirtschaftliche Aufstieg Chinas als Werkstatt der Welt die US-Dominanz in der kapitalistischen Weltordnung weiter untergräbt. Die regionalen Integrationsbemühungen der Volksrepublik im eurasischen Raum (wie die Shanghaier Organisation, der Asia Cooperation Dialogue und die »Chiang-Mai-Initiative« zur Vergabe kurzfristiger Kredite bei Zahlungsschwierigkeiten) werden von den USA mit Sorge betrachtet. Gerade aus diesem Grund war die Transpazifische Partnerschaft (TPP) für die transnational-imperialen Kräfte auch von so herausragender geopolitischer Bedeutung. Denn China blieb von diesem Abkommen explizit ausgeschlossen.

Um ihre eigene Vorherrschaft zu behaupten, haben die USA bereits unter Obama der Volksrepublik mit einer Wirtschaftsblockade gedroht: Die Kombination aus Ressourcenarmut, hohen Wachstumsraten und der durch Xi Jinpings Binnenmarktorientierung nur ansatzweise verringerten Ausfuhren macht Chinas Wirtschaftsmodell extrem abhängig vom Ausland und zugleich von den Seewegen im Südchinesischen Meer, auf der Straße von Malakka und im Persischen Golf, über die rund vier Fünftel des chinesischen Außenhandels abgewickelt werden. Diese Abhängigkeit zwingt Beijing zu seiner geoökonomischen Politik: Landgrabbing in Afrika sowie zahlreiche Handels- und Wirtschaftsabkommen mit lateinamerikanischen Staaten, die entwicklungspolitisch auf Ressourcenausbeutung setzen. Dabei verfügt China seit diesem Jahr auch über eine Militärbasis auf dem afrikanischen Kontinent. Gleichwohl ist das »Reich der Mitte« bis heute einer offenen Konfrontation mit den USA und dem »Westen«, die es nur verlieren könnte, konsequent aus dem Weg gegangen und hat sich bislang auf eine kluge, aber auch viele soziale und politische Verwerfungen produzierende Außenwirtschaftsdiplomatie konzentriert.

So oder so: Die chinesische Abhängigkeit ermöglicht es den USA, zu drohen. Die Botschaft lautet dabei: Wir können euer Land ökonomisch lahmlegen und damit bürgerkriegsähnliche Zu-

stände befördern, wenn es zu Verteilungskonflikten zwischen den wirtschaftlich ungleichen Provinzen und Ethnien kommt und die mehr als 200 Millionen Wanderarbeiter sozial nicht mehr befriedet werden können. Einbindung und Eindämmung – so ließe sich die China-Politik der USA zusammenfassen.

Das 900 Milliarden Euro schwere Infrastrukturprojekt »Neue Seidenstraße« ist daher auch als ein Vehikel der Volksrepublik zu verstehen, der Drohung einer Kontinentalblockade auf dem Landweg die Grundlage zu entziehen. Umgekehrt sind daher auch die US-Militärbasen in politisch oft instabilen Gegenden Asiens (von Ost- und Zentralasien über Afghanistan bis zum Kaukasus und dem Vorderen Orient) für die Vereinigten Staaten von so hoher geostrategischer Bedeutung.

Die chinesische Herausforderung kann – neben den vorhandenen guten Geschäftsbeziehungen von Teilen der Trump-Administration mit Russland, etwa von Außenminister Rex Tillerson – auch als ein zentraler Grund angesehen werden, warum Washington zwar die Russland-Sanktionen aufrechterhält sowie einige Maßnahmen gegen die »nicht faktenbasierte russische Propaganda« ergriffen hat und eben auch in Syrien mit gefährlichen Militärmanövern symbolisch gegen Russland operiert und eigene Stärke demonstriert, aber zugleich an einer Verschärfung des Konflikts mit Moskau offenbar nicht interessiert ist.

### Nützlich Herrschaftsmittel

Denkbar ist, dass die USA nach den militärischen Desastern im Nahen Osten auch unter Trump ihre verringerten Machtressourcen realistisch einschätzen und deshalb auf eine Lastenverteilung innerhalb der NATO und auf eine temporäre Einfriedung des Konflikts mit Russland setzen, um besser gegen China gewappnet zu sein. Denkbar wäre mithin – diesmal unter umgekehrten Vorzeichen – eine Wiederholung der Asienpolitik Richard Nixons 1972, als die USA sich mit China aussöhnten, um ihre Kräfte auf die Bekämpfung der Sowjetunion konzentrieren zu können, die unter US-Präsident Ronald Reagan schließlich mit dem von ihm forcierten Rüstungswettlauf sowie der militärischen Unterstützung von Osama bin Laden und den Mudschaheddin/Taliban gegen das sowjetische Engagement in Afghanistan erfolgreich niedergedrungen wurde.

Die Orientierung gegen China jedenfalls kann Trump zweifellos gut und glaubwürdig vertreten. Dabei ist sie auch ein nützlich Herrschafts-

mittel. Mit seiner aggressiven Rhetorik macht Trump China (sowie Mexiko, Deutschland und Japan) für die soziale und politische Krise im eigenen Land verantwortlich, die ihn aufgrund der daraus erwachsenden Antifreihandels- und Anti-establishment-Stimmungen erst ins Amt brachte. Außer Zweifel steht, dass sein Wahlbetrug bzw. die Umsetzung einer radikal antigewerkschaftlichen und prokapitalistischen Wirtschaftspolitik diese soziale Krise verschärfen wird. Obamas austeritätspolitischer Kurswechsel hat die Ausbreitung prekärer Teilzeit- und Niedriglohnbeschäftigungsverhältnisse und den Rückgang der Reallöhne beschleunigt. Unter Trump wird sich das fortsetzen. Eine erfolgreiche rhetorische Delegation der Verantwortung für die Krise an das Ausland – an China und die »bad Germans« (Donald Trump) – ist auch eine Voraussetzung für die Stabilität seiner Regierung.

Mit dieser Herrschaftspolitik in posthegemonialen Zeiten steht Trump jedoch nicht allein. In umgekehrter Richtung profilieren sich auch die Politikerinnen und Politiker in Deutschland und Westeuropa und versichern sich und ihre Wählerinnen und Wähler der eigenen moralischen Überlegenheit. Niemand soll merken, wie hohl das Gerede von den »westlichen Werten« angesichts der durch die EU-Austeritätspolitik angerichteten sozialen Verheerungen in Südeuropa, angesichts der weltweiten NATO-Kriegspolitik und angesichts der mörderischen Grenz- bzw. Flüchtlingspolitik der EU mittlerweile geworden ist.

In der Tat scheint es eben ein gängiges Mittel der Politik geworden zu sein, mit Hilfe scharfer »populistischer« Kritik an anderen Staaten sowie ausländischen Politikerinnen und Politikern die eigene Position zu stärken, während man zugleich – jenseits der eigenen Rhetorik und jenseits der Aufmerksamkeit der bürgerlichen Zeitungen und der in ständiger Empörung verharrenden »sozialen Netzwerke« – Politics und das heißt vor allem Business as usual betreibt. Trump, Merkel, Erdogan, Kaczynski und die EU-kritischen britischen Konservativen sind sich hierbei ähnlicher, als sie glauben.

■ Lesen Sie morgen auf den iW-Themaseiten:

**Meuternde Kriegsgegner. Vor 100 Jahren wurden Max Reichpietsch und Albin Köbis hingerichtet**

Von Leo Schwarz